



Pressemitteilung

Frankfurt am Main, 21. November 2013

Die Frankfurter Bürgerinitiativen (F.B.I.) verfolgen mit Sorge die möglichen Koalitionsgespräche der Grünen mit der CDU

In einem Schreiben an die Vorsitzenden des Landesverbandes Hessen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN drücken die Frankfurter Bürgerinitiativen (F.B.I.) gegen Fluglärm und Flughafenerweiterung ihre große Sorge über die möglichen Koalitionsverhandlungen mit der CDU aus.

„Schon bei den Sondierungsgesprächen von Schwarz-Grün hat uns die Aussage sehr irritiert, man habe sich in der Flughafenfrage angenähert und einen Korridor bestimmt“, so Jürgen Lamprecht, Sprecher der F.B.I.

Wenn dieser Korridor wesentlich darin bestünde, dass sich Fraport auf ein Moratorium zum Terminal 3 einlässt, dann ist das für die Bürgerinitiativen keinesfalls akzeptabel.

„Wir haben nicht nicht nur den Wechsel gewählt, sondern auch auf die Wahlversprechen der Grünen in ihrem Regierungsprogramm gesetzt“, so Lamprecht weiter und verweist auf die wichtigen Punkte im Wahlprogramm der Grünen.

- *Verzicht auf den Bau des Terminals 3 sowie eine rechtsverbindliche Vereinbarung zwischen Bevölkerung, Land und Betreiber gegen einen weiteren Ausbau am Flughafen Frankfurt Main;*
- *Absolutes Nachtflugverbot von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr;*
- *Einführung von definierten Lärmobergrenzen;*
- *Deckelung der Zahl der Flugbewegungen, und die Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene, um die Belastung nicht immer weiter ansteigen zu lassen*
- ...

[aus: Das Grüne Regierungsprogramm 2014-2019]

Ein reines Moratorium, das Fraport in der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage sogar entgegenkäme, entspräche nicht den Wahlversprechen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und nicht den Forderungen der Bürgerinitiativen, so Lamprecht.

Für die Bürgerinitiativen komme nur ein endgültiger Verzicht auf den Bau des neuen Terminals infrage. Alles andere wäre ein Wortbruch der Grünen. Davon unabhängig fordern sie weiter u.a. das absolute Nachtflugverbot in der gesetzlichen Nacht, die Deckelung der Flugbewegungen auf 380.000 im Jahr und die Stilllegung der Landebahn Nordwest.

Mit einem weiteren Zitat aus dem Wahlprogramm schließt das Schreiben verbunden mit der Aufforderung, in den möglichen Verhandlungen stark zu bleiben, zu den Aussagen des Wahlprogramms zu stehen und keine faulen Kompromisse zu schließen.

„ ...Gerade die Bewohnerinnen und Bewohner des Rhein-Main-Gebietes sind darauf angewiesen, dass es in Zukunft eine Landesregierung gibt, die nicht willfährig, den Lobbyisten der Luftverkehrswirtschaft nach dem Mund redet, sondern den berechtigten Interessen der betroffenen Menschen gerecht wird. Der Bau der Nordwestbahn war, ist und bleibt ein schwerwiegender Fehler, den CDU, SPD und FDP zu verantworten haben ...“

[aus: Das Grüne Regierungsprogramm 2014-2019]

Mit freundlichen Grüßen

Für das Bündnis Frankfurter Bürgerinitiativen (F.B.I.)



Jürgen Lamprecht

Für Nachfragen:

T 069 / 96 74 15 66

M 0160 1 70 35 97